

Exit

geschrieben von Lüdecke | 22. Oktober 2013

Bei den Medien sicherlich. Hier ist, wie in der deutschen Medienlandschaft schon so oft, der SPIEGEL einer der wichtigsten Vorreiter. Noch nicht lange her auf Linie des IPCC, übt sich der SPIEGEL inzwischen in Klimakritik (hier, hier, hier, hier, hier, hier, hier). Weiter ist die Schweizer Weltwoche zu nennen (hier, hier). Die übrige „anspruchsvolle“ Zeitungslandschaft wie FAZ, Süddeutsche Zeitung, die WELT usw. verharren aber immer noch im Irgendwo. Man zögert und hält sich alle Optionen offen, ausgenommen die ideologiefeste Süddeutschen Zeitung und die öffentlich-rechtlichen TV- und Radio-Sender mit ihren grün-roten Redaktionen. Diese üben sich bunkermental im Durchhalten nach dem Motto *„was kümmern uns Fakten, wir verbreiten Klimakatastrophen“*.

In den Zeitungsredaktionen weiß man dagegen immer noch nicht, woher der Wind einmal blasen wird und legt sich daher nicht fest. Klimakritische Artikel wechseln sich mit Klimaklamauk zunehmend rascher ab. So war sich sogar die FAZ nicht zu schade, den Asyl-Antrag eines „Klimawandel-Opfers“ der Pazifik-Insel Kiribati an Neuseeland zu kolportieren und damit dem Leser wieder einmal einen gefährlichen Meeresspiegelanstieg zu verkaufen (hier) – oder war es vielleicht schon Ironiel? Im Gegensatz zum Klima machen freilich fast alle Zeitungen massiv gegen den volkswirtschaftlichen und technischen Wahnsinn der Energiewende Front. Die einfache logische Konsequenz, nämlich deren komplette Abschaffung, ist aber leider immer noch ein Tabu. Das Anzeigengeschäft mit Unternehmen, die von der Energiewende profitieren, ist für die finanziell bedrohten Blätter zu wichtig, um frei und objektiv berichten zu können. Eine Fortsetzung der Energiewende wie bisher, die mit der kommenden Regierungskoalition wenig wahrscheinlich ist, würde dann aber wohl doch alle noch vorhandnen Kritik-Dämme der Printmedien brechen lassen.

Der Exit der deutschen Wirtschaft ist dagegen schon traurige, komplette Realität. Stromintensive Industrien verabschieden sich ins Ausland, Arbeitsplätze gehen verloren. Es wird nicht viel Getöse gemacht. Zwischen Politik und den verschwindenden Firmen bestehen nämlich Absprachen einer gefälligen Abwicklung des Exit unter folgenden leicht zu erkennenden Bedingungen: Keine öffentlichwirksamen, lauten Klagen der abziehenden Unternehmen über die Energiewende! Dann geht der Exit nachsichtig glatt vonstatten – dies der Deal.

Der Verband der deutschen Chemie protestiert inzwischen gegen die gestiegenen Strompreise, ohne die hierfür verantwortliche Energiewende klar als Unsinn zu bezeichnen. Es ist leider nicht nur Höflichkeit, was sie daran hindert. Man fühlt sich unübersehbar unbequem und windet sich. Man ist natürlich "für" die Energiewende, nur eben nicht für solch eine

usw. usw.... ja, aber für welche dann? „Nur eine wettbewerbsfähige Energiewende kann auch Wachstum und Arbeitsplätze fördern“ heißt es in der aktuellen VCI-Schrift (hier). Gut gebrüllt Löwe! Nun aber bitte im Ernst! Wie soll denn die deutsche Energiewende, ein Musterbeispiel längst vergangen geglaubter DDR-Planwirtschaft, jemals wettbewerbsfähig werden? Einzige unabdingbare Lösung ist, sie komplett in der Mülltonne der Geschichte zu entsorgen. Zugegeben, die Chemie hat ohnehin schon gegen einen unberechtigt schlechten Ruf zu kämpfen. Es gibt Leute, die vermuten, dass große Chemieunternehmen Greenpeace und weiteren NGO-Konsorten Schutzgelder zahlen (Pardon, natürlich Spenden zukommen lassen), damit diese nicht vor den Werkstoren randalieren. Wir wissen nicht, ob dies zutrifft, abwegig ist es aber nicht. Man kann in diesem Zusammenhang nur den Wunsch aussprechen, dass wenigstens die russische Regierung hart bleibt und die Besatzung des widerrechtlich operierenden Greepeace-Schiffs konsequent hinter Gitter setzt.

Was waren es dagegen noch für Zeiten, als sich Greenpeace japanischen Walfängern entgegenstellte, Aktionen, für die wohl nicht nur der Autor immer noch sehr viel Sympathie aufbringt. Heute singt Greenpeace das Lied von Rockefeller und betreibt das grüne Geschäft der Vernichtung deutscher Kernkraftwirtschaft. Das ist finanziell lukrativer als Wale zu schützen. Auf diese Weise hat es dieser fragwürdige Verein von einer kalifornischen Klitsche bis zu einem weltweit agierenden Unternehmen gebracht, dessen Führung im sonnigen US-Weststaat sich sogar des Besitzes einer Großyacht erfreut [2]. Es darf als Skandal bezeichnet werden, wie Verlautbarungen von Greenpeace in den deutschen Medien fast schon den Rang offizieller deutscher Regierungserklärungen einnehmen.

Apropos "hinter Gittern". Wir kommen damit zum Exit der weltweit agierenden Großbanken, Versicherungen und Rückversicherungen. Es gibt kluge Leute, die sehen das IPCC, den Club of Rome und NGO's wie WWF, Greenpeace etc. als verlängerte Arme der US-Großfinanz an. Allen voran steht wohl das Bankimperium Goldman Sachs (hier, hier, hier). Die US-Großfinanz hat die politischen Welteliten auf Klimakatastrophen eingeschworen und belohnt dafür die Protagonisten, die oft aus prominenten, abgehalfterten Politikern bestehen. Wem dies zu sehr nach "Verschwörungstheorie" riecht, schaue sich nur als Beispiel von vielen die Vita unseres ehemaligen Außenministers Joschka Fischer an, insbesondere seine Aktivitäten nach Ausscheiden aus dem Amt (hier, hier). Die Anzahl von einflussreichen Politikern, die einmal auf der Gehaltsliste von Goldman Sachs standen, ist Legion (hier, hier). Lukrative Geschäftsfelder lassen sich mit Hilfe einer fremdgesteuerten Agenda unauffällig und wirkungsvoll installieren.

Die Verästelungen reichen heute bis hinunter in die deutsche Provinz. So lassen sich deutsche Bürgermeister, die sich dem glorreichen Vorhaben verschrieben haben, ihre Städte CO2-frei zu machen (hier), von fragwürdigen Institutionen beraten. Wie zum Beispiel in Heidelberg von einem IFEU-Istitut (hier). Derartige Grün-Unternehmen treiben ihr Unwesen inzwischen bundesweit. Sie beschäftigen Mitarbeiter, die in

ordentlichen Firmen vermutlich keinen Arbeitsplatz finden konnten. Immerhin könnte man diese Entwicklung euphemistisch als Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen bezeichnen – auf Kosten der Kommunen bzw. des Steuerzahlers natürlich.

Zurück zur großen Bühne! Hier stehen große Exit-Probleme an. Die Glaubwürdigkeit des IPCC hat durch seine undurchsichtige und ungläubwürdige Politik, aber am meisten wohl durch das widerspenstige Verhalten der Natur irreparablen Schaden erlitten (hier, hier) und [1]. Eine knapp 30-jährige globale Erwärmung, deren Ursprung von naturunkundigen Zeitgenossen (die von der Klimavergangenheit mit ihren wesentlich heftigeren Fluktuationen nichts wissen) sowie von Advokatenwissenschaftlern dem anthropogenen CO₂ zugeschrieben wird, will sich partout nicht fortsetzen. Den großen Banken und Versicherungen droht dadurch der Boden unter dem so schön eingefädelten Klimageschäft wegzubrechen. Wir brauchen diese Unternehmen nicht zu bedauern, sie werden rasch andere Geschäftsfelder zur Rupfung ihrer Opfer finden. Unglücklicherweise ist die von Großbanken gesteuerte US-Administration nicht in der Lage, die großen Banken zu zerschlagen (Trennbankensystem durch Auslagerung der Zocker-Abteilungen in eigene Unternehmen, um die Steuerzahler von den irrsinnig hohen bail-out-Kosten zu befreien). Immerhin scheint dies der EU zu gelingen, wenn auch leider noch nicht ganz konsequent (hier) – ein erster Hoffnungsschimmer! Die US-Administration ist freilich so stark im Griff der Großfinanz – Demokraten und Republikaner gleichermaßen, hier spielt es keine Rolle, wer das Sagen hat – ,dass jede Hoffnung auf Bankenzerschlagung und Neuordnung von Währung und Schulden vergeblich ist.

Wieder zurück zum Klima! Der Autor freut sich über den nun 15 Jahre andauernden Temperaturstillstand überhaupt nicht, denn die Erwärmung der 90-er Jahre war wohltuend und für die Menschheit überdies günstig. Er wagt auf der anderen Seite aber gar nicht daran zu denken, was bei weiterer Erderwärmung passiert wäre. Mit Sicherheit wären heute alle EIKE-Mitglieder von Klimagerichten wegen Volksverhetzung abgeurteilt, wenn sie nicht schon vorher widerrufen hätten. Klimagerichte wurden von grüner Politik tatsächlich schon vorgeschlagen und sind kein Phantasieprodukt [2]. Sie wären bei weiterer Erwärmung installiert worden (alternativlos, Zitat Merkel). Den Klimakonsens aller deutschen Parteien erleben wir ja bereits seit vielen Jahren. Eine solche "überparteiliche" Übereinstimmung ohne jedwede Sachkritik seitens der Politik (von Splitterparteien abgesehen) ist zweifellos der Existenzbeweis einer bereits realen bundesdeutschen Ökodiktatur. Eine weiter fortgesetzte Erwärmung hätte Massendemonstrationen für noch mehr Klimaschutz initiiert, und es hätten sich noch weit schlimmere Dinge entwickelt. Jeder mit ein wenig Vorstellungsvermögen, Geschichtskennntnissen und Menschenerfahrung kann es sich ausmalen. Wozu Menschen fähig sind, haben vergangene Diktaturen bewiesen. Die aktuelle deutsche Ökodiktatur ist glücklicherweise noch milde, sie ist erst bis zur medialen Meinungsunterdrückung sowie dem stillen Herausdrängen unliebsamer Fachwissenschaftler aus Schlüsselpositionen und ihrem Ersatz

durch linientreue Ökoaktivisten gelangt (Beispiel WGBU, zu den Mitgliedern dieses Beirats erübrigt sich jeder Kommentar). Ferner ist heute schon jeder in einschlägigen Ministerien oder Unternehmern Beschäftigte im Interesse seiner beruflichen Karriere gut beraten, keine Klimakritik zu äußern.

Ein stellvertretendes Beispiel von fragwürdigen Vorkommnissen in diesem Zusammenhang unter vielen: Man muss sich angesichts des fast unglaublichen sachlichen Dummschwätzens einer bundesweit medienbekannten Volkswirtin, die sich als ökopolitische Cassandra mit Unterstützung grüner Medien-Seilschaften in den Vordergrund spielte, ersthaft fragen, wie diese Dame zu einer Universitätsprofessur gelangte. Kurzum, ohne Abbruch der globalen Kurz-Erwärmung Ende des 20. Jh. hätte die aktuelle Ökodiktatur Deutschlands ohne Zweifel einen weit gefährlicheren Weg eingeschlagen. Insofern begrüßt der Autor den Erwärmungsstillstand, wenn auch ungern.

Verbleibt nun noch der Exit der Politik. Wie kommt die Politik vom hohen Ross "Klima und Energie" wieder herunter? Der Autor kann sich den Ablauf nur schlecht vorstellen. Dies aus dem einfachen Grund, weil Politiker über ein Wandlungsvermögen verfügen, gegen das Chamäleons Stümper sind. Einen Exit wird es geben, denn sowohl der Bevölkerung als auch der Industrie sind die steigenden Kosten der Energiewende inzwischen bewusst geworden, ihr Duck wird stärker. Die Medien werden entsprechend den Druck erhöhen, so dass Frau Merkel sich irgendwann erneut zu „Alternativlosigkeit“ bemüßigt fühlen wird. Wie dann der Koalitionspartner (SPD) wohl reagiert? Spannend wird es auch, ob die politische Hoffnung AfD endlich zur Energiewende Farbe bekennt und deren komplette Abschaffung zusammen mit der Abschaffung aller Klimaschutzmaßnahmen fordert. Bei den ersten Sitzungen im Europaparlament, in welches diese Partei einziehen wird, muss sich ihre bisher unklare Linie verdeutlichen. Erst mit kopromissloser Ablehnung von Energiewende und Klimaschutz (neben Ablehnung jedes Euro Bail-Out) wird die AfD zu einer echten Alternative. Bei der FDP unter dem neuen Vorsitzenden Lindner ist Hoffnung wohl vergeblich. Ob es ihm gelingt diese Partei, die im Zuge von Außenminister Westerwelle von gleichgeschlechtlich orientierten Protagonisten majorisiert wird, wieder zu ordentlichem Funktionieren zu bringen, ist fraglich. Bis jetzt hört man nur von Personengeschacher, nichts über die vorrangigen Sachfragen einer liberalen Partei. Weiß die FDP überhaupt noch, was liberal bedeutet?

Um bei der unübersehbaren Haltung des Autors zu Energiewende und Klimaschutz keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Selbstverständlich ist nicht die Aufgabe des Naturschutzes gemeint! Klimaschutz und Energiewende haben mit Naturschutz nichts zu tun, sie sind diametral dessen Gegenteil! Insbesondere die echten „Grünen“ (nicht die Wassermelonen dieser Partei – innen rot, außen grün) könnten vielleicht einmal aufwachen, indem sie das Schleifen der Windräder zum Schutz der Fledermäuse und Greifvögel fordern und sich damit wieder auf

ihre ehemalige Agenda "Naturschutz" und nicht Gesellschaftsveränderung und -bevormundung besinnen. Das Bauen von Fledermaustunneln ist sicher ein ehrenwertes, wenn auch etwas teures Unterfangen. Es scheint aber nicht ganz passend, wenn diese nützlichen Tiere infolge ihres vorzeitigen Ablebens gar nicht mehr zur Benutzung dieser Passierhilfen kommen. Sie sind nämlich längst mit geplatzten Lungen infolge der Einwirkung von Windmühlenflügeln abgestürzt und zum Zubrot von Krähen und Füchsen geworden.

Nicht verlinkte Quellen

[1] Die Bücher von Donna Lafromboise über das IPCC und dessen Verbindungen mit NGO's wie Greenpeace

[2] Vom Fraktionschef der Niedersächsischen Grünen, NWZ vom 10.03.2008

Zum Autor:

Prof. Dr. Horst-Joachim Lüdecke ist Diplom-Physiker mit langjähriger Berufserfahrung in Forschung, Lehre und Industrie. Er hat das Sachbuch "Energie und Klima: Chancen, Risiken, Mythen", expert-Verlag, verfasst sowie über Klimathemen in den letzten Jahren mehrere Forschungsarbeiten in begutachteten Fachjournalen zs. mit Koautoren veröffentlicht. Sie sind von der EIKE-Webseite unter <http://www.eike-klima-energie.eu/publikationen/> herunterladbar.